№ 25. Sonnabend, 24. Juni. 1865.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7¾ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, 4½ Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Mit dieser Nummer schließt die „Verfassung" das zweite Quartal 1865. Die Redaktion hofft von den Lesern das Zeugniß zu erhalten, daß sie nach Kräften bestrebt war, das gesteckte Ziel im Auge zu behalten. Treu demselben, wird unser Blatt auch fernerhin in volksthümlicher und leicht faßlicher Weise alle unser gesammtes Staatsleben berührenden Fragen **im Sinne der entschieden liberalen Partei** besprechen. Es wird von Berlin aus regelmäßig jeden Donnerstag Abend versandt, so daß es auch in den entferntesten Gegenden unseres Vaterlandes am Sonnabend Abend in den Händen unserer Abonnenten sein kann. Sollte trotz unseres Bemühens, in keiner Weise gegen eine gesetzliche Bestimmung zu fehlen, doch einmal durch eine Beschlagnahme unseres Blattes eine Unregelmäßigkeit in der Versendung eintreten, so werden, davon sind wir überzeugt, unsere Leser diese Unregelmäßigkeit uns nicht zur Last legen, sondern uns ihr Wohlwollen nach wie vor erhalten. Wir bitten unsere Leser, ihr Abonnement möglichst rechtzeitig bei den Postanstalten anzumelden, da nur in diesem Falle die ununterbrochene Lieferung des Blattes gesichert ist und bei späteren Anmeldungen die vollständige Nachlieferung der erschienenen Nummern nicht versprochen werden kann.

☛ Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen preußischen Postanstalten **4½ Sgr.**, bei den übrigen deutschen Postanstalten **7¾ Sgr.**; in Berlin in der Expedition, Mohrenstraße Nr. 34, **4½ Sgr.**, bei sämmtlichen Zeitungsspediteuren **6 Sgr.** Einzelne Nummern **6 Pf.** Inserate, welche bei der großen Auflage des Blattes im ganzen Lande Verbreitung finden, die gespaltene Petitzeile **3 Sgr.**, bei öfterer Wiederholung wird ein angemessener Rabatt bewilligt.

☛ Ueber etwaige Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes ersuchen wir, bei dem betreffenden Spediteur oder der betreffenden Postanstalt Beschwerde zu führen, da von hier aus unser Blatt regelmäßig versandt wird.

Die Schlußrede des Minister-Präsidenten.

Der Herr Minister-Präsident von Bismarck hat im Auftrage des Königs am 17. Juni die diesjährige Sitzung des Landtages geschlossen. Die Rede, welche er bei dieser Gelegenheit gehalten hat, spricht aber Ansichten aus, mit denen voraussichtlich die Mehrzahl der selbstständigen Wähler des Landes nicht übereinstimmen wird. Diese Rede lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Des Königs Majestät haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu schließen.

In der abgelaufenen Sitzungsperiode verdankt das Land dem Zusammenwirken des Landtages mit der Regierung die Erneuerung des deutschen Zollvereins, den Abschluß der Zollverträge mit Frankreich und Oesterreich, mit England und Belgien, das neue Berggesetz, die Regulirung der Schlesischen Zehntverfassung, die bessere Versorgung der Militär-Invaliden, die Eisenbahn-Anlagen an der Jade, in der Eifel und in Thüringen, sowie eine Anzahl anderer nützlicher und heilsamer Gesetze.

Aber zu vollen und durchgreifenden Resultaten hätte das Zusammenwirken der Volksvertretung mit der Regierung nur dann führen können, wenn auch den politischen Meinungskämpfen gegenüber das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz und höchste Richtschnur für alle Parteien geblieben wäre. So ist es nicht gewesen. Die deutlich ausgesprochene Absicht der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, den gegenwärtigen Rathgebern der Krone Schwierigkeiten zu bereiten, hat zur Verwerfung der Wegeordnung, des Bankgesetzes, der Eisenbahn-Anlagen in Ostpreußen und dadurch zur Schädigung des materiellen Wohls des Landes geführt.

Durch die Verwerfung des Militärgesetzes hat die unter der Mitwirkung früherer Landtage in das Leben gerufene

bewährte neue Heereseinrichtung unter Gefährdung der äußeren Sicherheit des Landes, auf's Neue in Frage gestellt werden sollen. Das Haus der Abgeordneten versagt der Regierung die Mittel zur Herstellung einer den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechenden Kriegesflotte; es versagt ihr den von ihm verlangten Beistand zur Gewinnung der Früchte der mit so vielem, theuren Blute errungenen Siege des verflossenen Jahres. Ja, es hat sich von den glänzenden Thaten und Erfolgen der Armee losgesagt, indem es wie früher die geforderte Anleihe, so jetzt die nachträgliche Genehmigung der verausgabten Kriegskosten verweigert hat.

Das Staatshaushaltsgesetz, dessen Zustandekommen nach Art. 62 und 99 der Verfassungs-Urkunde von dem Zusammenwirken aller bei der Gesetzgebung betheiligten Faktoren erwartet wird, ist auch in diesem Jahre an der Weigerung des Abgeordnetenhauses, die zur Aufrechthaltung des Heerwesens unerläßlichen Mittel zu bewilligen, gescheitert.

Das Abgeordnetenhaus hat Forderungen verweigert, welche die Staatsregierung stellen mußte; es hat Beschlüsse gefaßt, welche die Regierung nicht ausführen kann. Statt mit der ersehnten Verständigung schließt die Sitzung abermals unter dem Eindruck gegenseitiger Entfremdung der zum Zusammenwirken berufenen Kräfte.

Seiner Majestät Regierung hat nur ein Ziel im Auge: die Wahrung der Rechte und der Ehre des Königs und des Landes, so wie sie verbrieft sind, so wie sie neben einander bestehen können und müssen. Dem Lande ist nicht gedient, wenn seine gewählten Vertreter die Hand nach Rechten ausstrecken, die ihre gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihnen versagt. Nur wenn sie diese Stellung dazu benutzen, mitzuarbeiten an dem von unseren Fürsten begonnenen und bisher durchgeführten Werke, Preußen unter starken Königen groß und glücklich zu machen, nur dann werden sie das Mandat erfüllen, welches des Königs Unterthanen in ihre Hände legen.

Die Regierung Seiner Majestät ist bestrebt, das in gleichem Sinne ihr ertheilte Mandat ihres Königlichen Herrn nach Kräften auszuführen. Sie wird unbeirrt durch feindseligen und maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechts und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach Außen wie nach Innen kräftigst vertreten. Sie lebt der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher inne gehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen ist, und daß der Tag nicht mehr fern sein kann, an welchem die Nation, wie bereits durch Tausende aus freier Bewegung kundgewordene Stimmen geschehen, so auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem Königlichen Herrn Dank und Anerkennung aussprechen werde.

Dem Herrenhause habe ich im Namen Seiner Majestät Allerhöchstdessen Dank für die auch in dieser Session bewiesene Treue und Hingebung zu sagen.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtages für geschlossen.

Zu dieser Rede wollen wir für heute nur Folgendes bemerken:

Herr von Bismarck gesteht, daß auch das Abgeordnetenhaus durch sein „Zusammenwirken mit der Regierung" dem Lande eine ganze Anzahl nützlicher und heilsamer Gesetze verschafft hat. Trotzdem behauptet er, daß die (freisinnige) „Mehrheit des Abgeordnetenhauses" bei ihren Beschlüssen „das Wohl des Vaterlandes als „Gesetz und höchste Richtschnur" nicht im Auge gehabt habe. Zu einer solchen Behauptung aber scheint uns kein Grund und keine Berechtigung vorzuliegen. Der Minister-Präsident konnte eigentlich nichts anderes behaupten, als daß die sehr große Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine andere Ansicht von dem „Wohl des Vaterlandes" hat, als die jetzigen Herren Minister und ihre wenigen Freunde im Lande. Hätte er das gesagt, so hätten wir ihm aus vollem Herzen beigestimmt. Ja, wir hätten ihm geantwortet, daß auch die große Mehrzahl aller selbstständigen Wähler des Landes die Ansichten ihrer Vertreter vollständig theilt, und daß eben diese Wähler in den wesentlichsten Punkten auch die Verfassung und die Gesetze des Landes ganz anders verstehen und eine ganz andere Meinung von Rechten und Pflichten des Volkes und von den Rechten und Pflichten der Regierung haben, als die Herren Minister.

Eben so wenig dürfte Herr von Bismarck sagen: „dem Lande ist nicht damit gedient, wenn seine gewählten Vertreter die Hand nach Rechten ausstrecken, die ihre gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihnen versagt." Das Land hat die Abgeordneten, es hat aber nicht die Minister zu seinen Vertretern gewählt. Das Land besteht nicht aus unmündigen, sondern es sind mündige Männer, die dreimal nach einander dieselben oder doch gleichgesinnte Vertreter gewählt haben. Diese von ihnen „gewählten Vertreter" haben mit nichten ihre Hand nach Rechten ausgestreckt, die ihnen nicht gebühren. Sie hatten dazu, wie so ziemlich jeder Mensch weiß, weder Neigung noch Gelegenheit. Sie glaubten, die Pflicht zu haben, mit allen Mitteln für ihre eigenen Rechte einzustehen, um mit ihren Rechten zugleich die Rechte des ganzen Volkes und jedes Einzelnen im Volke zu schützen; und damit, Herr Minister, ist dem Lande sehr viel mehr gedient, als u. A. mit einer neuen Wegeordnung, die nach Vieler Ansicht ohne eine andere und bessere Kreis- und Gemeindeordnung doch nur eine neue Last für die Besitzer auf dem Lande und die Bürger in den kleinen Städten gewesen wäre.

An einer anderen Stelle hat der Minister ganz Recht, wenn er sagt, daß „das Zustandekommen des Staatshaushaltsgesetzes nach Art. 62 und 99 der Verfassungsurkunde von dem Zusammenwirken aller bei der Gesetzgebung betheiligten Faktoren erwartet wird." Aber warum ist diese nach Art. 99 unbedingt zu erfüllende Erwartung eben nicht zu Stande gekommen? Nun, doch wohl aus keinem anderen Grunde, als weil Herrenhaus und Regierung ihre verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung verweigert haben. Aber der Herr Minister meint, es hätten Herrenhaus und Regierung ihre Zustimmung darum verweigern müssen, weil das Abgeordnetenhaus „die zur Aufrechthaltung des Heerwesens unerläßlichen Mittel" ja auch seiner Seits verweigert habe. Nun, wir haben diese Sache schon oft genug besprochen. Wir wissen Alle, daß das Abgeordnetenhaus alle zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Heereseinrichtungen nothwendigen Mittel vollauf be-

willigt hat. Wir wissen ferner, daß das Abgeordnetenhaus auch zu einer Aenderung dieser Heereseinrichtungen im geordneten und gesetzlichen Wege und zur Bewilligung bedeutender Mehrkosten für eine solche Aenderung gern bereit war. Eben so wissen wir, daß das Abgeordnetenhaus unweigerlich die nöthigen Geldmittel bewilligt haben würde, um die Reorganisation in einen gesetzlich geordneten und den Kräften wie dem „Wohle des Vaterlandes" besser entsprechenden Zustand hinüberzuführen. Aber wir wissen endlich auch, daß die Regierung auf keinen einzigen Wunsch eingegangen ist, den die „gewählten Vertreter" des Landes ausgesprochen haben. Das Volk und seine Vertreter sollten in allen Punkten, und die Regierung wollte in keinem Punkte nachgeben. Die Regierung bestand darauf, daß unsere Vertreter ihrer eigenen Ueberzeugung und der Ueberzeugung ihrer Wähler zum Trotze die ganze Reorganisation, noch dazu mit nicht geringen Verschlimmbesserungen, zu einer gesetzlichen dauernden Einrichtung für uns und unsere Kinder und Kindeskinder machen sollten. Das aber durften die Abgeordneten, welche die Reorganisation nun einmal nicht billigten, nicht thun, ohne zu fehlen gegen ihre und unsere Ueberzeugung von dem was das Wohl des Vaterlandes und das Recht des Vaterlandes, was also das „oberste Gesetz" für alle Männer des Landes, erfordert; es wäre eine Sünde gewesen gegen das eigene Gewissen. Und am Ende, wer muß es besser wissen, welche Mittel zur Aufrechthaltung eines kräftigen Heerwesens „unerläßlich" sind, die Minister oder die gewählten Vertreter des Volkes, um dessentwillen allein doch das Heer da ist, mit dessen Geld allein es bezahlt und aus dessen Söhnen allein es gebildet wird? Die Frage, denken wir, wird der einfache gesunde Menschenverstand sich selbst beantworten.

Genug, das Staatshaushaltsgesetz ist nicht von dem Abgeordnetenhause, sondern es ist verworfen worden von dem Herrenhause, **und zwar mit Zustimmung der Minister.** Wer ist also Schuld daran, daß nun schon das vierte Jahr hindurch der Artikel 99 der Verfassung unausgeführt bleibt und die Gelder des Landes ohne Gesetz, lediglich nach dem Gutachten der Minister verausgabt werden? Auch diese Frage kann jedes Kind beantworten.

Das mag für heute genug sein, obgleich noch gar mancherlei über die Rede des Herrn Minister-Präsidenten zu sagen wäre. Nur das wollen wir dem Herrn von Bismarck doch noch sagen, daß niemals der Tag kommen wird, an welchem die gewählte Vertretung unseres Volkes den Wegen der gegenwärtigen Regierung zustimmen wird. Freilich möchten manche Heißsporne an die Stelle solcher wirklichen Vertretung auch eine Scheinvertretung setzen, aber das kann doch nur dann geschehen, wenn das verfassungsmäßige Wahlgesetz oder die verfassungsmäßige Wahlfreiheit mit den Mitteln der Gewalt oder der List vollständig vernichtet würden. Das erwarten wir aber nicht, und es würde auch nicht viel nützen, denn auch damit wird die Stimme des Volkes nur auf kurze Zeit unterdrückt werden, sie würde bald wieder um so lauter mächtiger erschallen.

Das „Wohl des Vaterlandes" ist ganz gewiß auch unsere Sache, und wir und die von uns frei und gesetzlich gewählten Vertreter werden für dasselbe einstehen nach unserer eigenen Einsicht und mit allen den Mitteln, die anzuwenden die Verfassung und das Gesetz dieses Landes gestattet und unser eigenes Gewissen gebietet. Wir sind freie Männer und wollen es trotz aller Anfechtungen bleiben.

Politische Wochenschau.

Preußen. Der Landtag ist, wie wir dies in unserer letzten Nummer voraussagten, geschlossen worden. Vor dem Schluß haben noch in beiden Kammern sehr lebhafte Debatten stattgefunden, und zwar über denselben Gegenstand, nämlich über die Redefreiheit der Abgeordneten. Das Schicksal, welches der Below'sche Antrag im Herrenhause gehabt hat, haben wir schon kurz berichtet, wir tragen heut nur nach, daß aus den Aeußerungen, welche der Minister bei dieser Verhandlung gethan, hervorzugehen scheint, daß die Regierung beabsichtigt, eine gerichtliche Verfolgung einzelner Abgeordneten wegen Reden, die sie im Abgeordnetenhause gehalten haben, eintreten zu lassen. Daß eine solche Verfolgung auch zu einer Verurtheilung führen wird, bezweifeln wir dem klaren Wortlaut des Art. 84 der Verfassung gegenüber. In dem Abgeordnetenhause hatte ein ähnlicher Antrag des Abgeordneten von der Heydt die Gelegenheit zu einer sehr lebhaften Diskussion gegeben, doch scheiterte der Versuch, in irgend einer Weise die Befugnisse des von der Majorität gewählten Präsidenten einzuschränken, an dem guten Geiste der Mehrheit des Hauses.

Das Gesetz über den Staatshaushalt für 1865 hat das erwartete Schicksal gehabt, das Herrenhaus hat den Gesetzentwurf so, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen ist, verworfen, und so ist auch in diesem Jahre kein Staatshaushaltsgesetz zu Stande gekommen. Es ist das vierte Jahr, daß die Verwaltung des Staates ohne diese so nothwendige gesetzliche Grundlage für alle Einnahmen und Ausgaben geführt wird.

Die den beiden Häusern vorgelegten Handelsverträge sind sämmtlich vor dem Schluß des Landtages erledigt worden, so daß am 1. Juli d. J. endlich das neue Zollsystem, welches auf der Grundlage des Freihandels ruht, in's Leben tritt. Was die vergeblichen Bemühungen Preußens, einen Handelsvertrag mit dem Königreich Italien zu Stande zu bringen, betrifft, so sagt darüber die „Liberale Korrespondenz": Es sind ausgesprochenermaßen politische Gründe, welche dem Zustandekommen des Vertrages entgegenstehen, der zur Förderung des materiellen Wohls abgeschlossen werden soll. Das Beispiel des französischen Handelsvertrages hat gezeigt, daß ein Widerstand, der sich auf solche Gründe stützt, niemals Aussicht auf Erfolg hat, und daß er das Zustandekommen einer Sache, welche als heilsam und nothwendig anerkannt ist, nicht verhindern, sondern nur verzögern kann. Da nun jede Verzögerung in solchen Dingen von dem größten Nachtheil für den gesammten Handelsstand und die gesammte Industrie im Zollverein ist, so sollte man meinen, die Regierungen, welche vor einigen Jahren die Erfahrung ihrer Ohnmacht gemacht haben, würden eine Wiederholung dieses Spiels vermeiden. Daß dies dennoch geschieht, ist eine gewiß nicht erfreuliche Thatsache, und es fragt sich nur, ob und wie man solche Vorkommnisse verhindern könnte. Allerdings läßt sich augenblicklich der Wider-

stand gegen den Italienischen Handelsvertrag nicht beseitigen, aber dessenungeachtet scheint es angemessen, die Schäden zu betrachten, welche für solche Vorkommnisse die Möglichkeit bieten. — Wir können uns dabei nicht verhehlen, daß in erster Linie die Abschließung des neuen Vertrages mit Oesterreich denjenigen Regierungen des Zollvereins, deren Widerstand gegen alle zeitgemäßen Verbesserungen sich bei vielen Gelegenheiten bemerklich gemacht hat, eine neue Stütze für ihre Opposition verleiht. Es ist deshalb für uns ein unerklärlicher Widerspruch, in welchen Herr von Bismarck sich mit sich selbst versetzt hat, daß er einen Handelsvertrag mit dem § 25 mit Oesterreich abschloß und dessen allseitige Annahme betreibt, und zu derselben Zeit sich in einer offiziellen Note bitter über den Widerstand beklagt, den er bei einem Theile der Zollvereins-Regierungen gegen den Abschluß eines Handelsvertrages mit Italien, und zwar lediglich aus politischen Gründen, findet. Nun giebt aber — und dies ist der eigentliche kranke Punkt im Zollverein — die nothwendige Einstimmigkeit der Beschlüsse den widerstrebenden Regierungen eine leichte Gelegenheit, ihrer Opposition eine Macht zu verleihen, welche sie unter anderen Verhältnissen niemals erreichen können. Hätte man bei Abschließung des neuen Vertrages endlich diese Einstimmigkeit, welche nur durch die Rücksicht auf die volle Souveränetät jedes einzelnen Fürsten geboten erscheint, fallen lassen, und an deren Stelle die Gültigkeit der Majoritäts-Beschlüsse, bei welchen die einzelnen Staaten durch eine ihrer Größe angemessene Stimmenzahl mitwirken, gesetzt, so würde heut ein Widerstand gegen den Vertrag mit Italien eine Unmöglichkeit sein. Aber man hat eine solche Aenderung nicht durchsetzen können, ja vielleicht sogar nicht einmal durchzusetzen versucht, also auch nicht einmal in dieser einen Angelegenheit eine Beschränkung der Souveränetät der Einzelfürsten zum Besten der Gesammtheit unseres Vaterlandes erzielt, während doch das gesammte deutsche Volk darüber einig ist, daß zum wahren Gedeihen unseres Gesammtvaterlandes noch ganz andere und viel wesentlichere Beschränkungen der Einzelsouveränetät gegenüber einer Centralgewalt nothwendig sind.

Die Rede, mit welcher Herr v. Bismarck im Namen des Königs die Sitzungen des Landtages geschlossen hat, haben wir oben mitgetheilt, und auch in kurzen Worten unsere Ansicht darüber ausgesprochen. Um unseren Lesern ein kurzes und äußerliches Bild der Thätigkeit des Abgeordnetenhauses zu geben, lassen wir hier aus der Rede, mit welcher der Präsident Grabow die Sitzungen des Abgeordnetenhauses schloß, die Uebersicht über die fünfmonatliche Thätigkeit des Abgeordnetenhauses folgen. „Von der Regierung", so sagte er, „sind dem Hause 56 Vorlagen gemacht, darunter 11 Staats- und Handelsverträge, 35 Gesetz-Entwürfe, 2 Verordnungen, eine Denkschrift, 2 allgemeine Rechnungen aus den Jahren 1859—62 und zwei Staatsschulden-Kommissions-Berichte von 1862 und 1863. Von diesen Vorlagen haben 37 die Zustimmung beider Häuser erhalten, 5 sind im Abgeordnetenhause selbstständig erledigt, 9 vom Hause abgelehnt, 2 wegen Schluß des Landtages nicht berathen und bei 3 ist die Uebereinstimmung beider Häuser nicht erreicht worden. Von den Mitgliedern des Hauses sind, mit Einschluß von 7 Interpellationen, 31 Anträge eingebracht, von denen 28 im Plenum erledigt wurden. Es sind dem Hause 799 Petitionen zugegangen, von denen 107 wegen späten Einganges nicht erledigt wurden, 674 sind vom Plenum berathen, davon 147 zur Abhülfe der Regierung überwiesen und 54 durch Tagesordnung erledigt. Die Abtheilungen haben 90, die Kommissionen 360 Sitzungen abgehalten, von diesen 450 Sitzungen sind 51 mündliche und 101 schriftliche Berichte erstattet worden, die den Stoff für 71 Plenarsitzungen dieses Hauses geliefert haben." Ein Jeder wird einsehen, daß diese Zahlen einen ganz unwiderleglichen Beweis für den Fleiß und die angestrengte Thätigkeit unserer Volksvertreter liefern, und daß dem gegenüber alle Vorwürfe, welche gegen den Fleiß der Abgeordneten gerichtet sind, in Nichts zerfallen.

Die Virchow-Bismarck'sche Angelegenheit hat im Volke einen Eindruck gemacht, den wohl Wenige erwartet haben. In zahlreichen Adressen haben Wahlmänner und Wähler des ganzen Landes ihre Zustimmung ausgesprochen über die Art und Weise, wie das Abgeordnetenhaus und der Abgeordnete Virchow diese Angelegenheit behandelt haben. Man würde sich aber täuschen, wenn man diesen Adressen nur eine persönliche oder augenblickliche Bedeutung beilegen wollte. Sie bilden den Ausdruck der Gesinnung des Bürgerstandes über eine mittelalterliche Einrichtung, welche es verdient, endlich auch bei uns in die Rumpelkammer geworfen zu werden.

Die Abgeordneten, welche in ihre Heimath zurückgekehrt sind, finden allenthalben einen Empfang, welcher beweist, wie sehr sich die Mehrheit des Hauses in Uebereinstimmung mit dem Volke befindet. In **Köln** haben die Wahlmänner beschlossen, diese Uebereinstimmung auch äußerlich zu dokumentiren, und werden sie im Laufe des nächsten Monats in Köln ein Fest veranstalten, zu welchem sämmtliche Mitglieder der Fortschrittspartei und der Partei Bockum-Dolffs eingeladen werden sollen. In **Berlin** hat bis jetzt nach dem Schlusse des Hauses erst eine Versammlung der Wahlmänner des vierten Wahlbezirkes stattgefunden. In derselben wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die versammelten Wahlmänner des vierten Wahlbezirks erkennen in der Haltung der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses den allein richtigen Weg zur Wiederherstellung der vom Volke, durch die beschworene Verfassung wohl erworbenen Rechte, sprechen der liberalen Majorität, speziell auch ihren Abgeordneten den innigsten Dank aus und erkennen ferner als die Pflicht eines jeden selbstbewußten Mannes, in dem eingetretenen Kampfe auszuharren, bis die durch Eide geheiligten Rechte des Volks von allen Seiten unverkürzt anerkannt werden."

Schleswig-Holstein. Wie es scheint, treten die Ansprüche des Großherzogs von Oldenburg immer mehr in den Vordergrund. Wie dieselben vor dem Urtheil der preußischen Kronsyndici bestehen werden, darüber verlautet noch nichts, aber aus diesem Schweigen möchte man beinahe den Schluß ziehen, daß diese Prüfung nicht allzusehr zu Gunsten des oldenburgischen Erbrechtes ausgefallen ist. Die preußischen Erbansprüche haben vor den Augen der Kronsyndici keine Gnade gefunden; wie es heißt, haben sie sich alle, mit Ausnahme eines einzigen, gegen diese Ansprüche ausgesprochen. Es scheint somit gar nicht unmöglich, daß schließlich die preußischen Kronjuristen das Urtheil bestätigen, welches das deutsche Volk schon lange abgegeben hat, daß nämlich der Herzog Friedrich von Augustenburg der berechtigte Erbe von Schleswig-Holstein sei.

Oesterreich. Die Schuldenlast des Kaiserstaates wächst fortwährend, ohne daß eine Aussicht vorhanden scheint, dem riesenhaften Anwachsen der Staatsschuld ein Ende zu machen. Jetzt verlangt die Regierung eine neue Anleihe, weil die Einnahmen weit geringer ausgefallen sind, als sie im Budget veranschlagt waren. Der Finanzausschuß hat die Genehmigung zu einer kleinen Anleihe, durch welche die Regierung in den Stand gesetzt wird, den dringendsten Verpflichtungen nachzu-

Hierzu eine Beilage.

kommen, ertheilt, übrigens aber Beschlüsse gefaßt, deren Ausführung ihm eine sehr strenge Kontrolle der Finanzverwaltung sichern würde. Um ein klares Bild der Finanzlage in Oesterreich zu geben, genügt es, anzuführen, daß der Finanzminister am 19. Juni erklärt hat, es befände sich in den Kassen kein Geld, um die am 1. Juli fälligen Zinsen der Staatsschulden zu bezahlen.

Frankreich. Die Arbeitseinstellungen nehmen in Paris immer größere Dimensionen an; in den letzten Tagen haben die Kutscher der öffentlichen Fuhrwerke einen höheren Lohn verlangt, und da ihnen derselbe nicht bewilligt worden ist, die Peitsche niedergelegt. Man kann sich denken, welche Störung dadurch in dem Verkehr einer Stadt, die etwa 2 Millionen Einwohner zählt, eingetreten ist. Das Publikum nimmt, obgleich es sehr empfindlich unter diesem Schritt der Kutscher leidet, doch ganz entschieden Partei für dieselben, da es die Gerechtigkeit ihrer Forderungen einsieht.

Die allgemeine Abneigung gegen eine Vermehrung der französischen Truppen in Mexiko hat bewirkt, daß offiziell nur so viel Truppen hingeschafft werden, um die Heimkehrenden, die Kranken und die Todten in den Regimentern zu ersetzen. Ob allerdings dabei nicht doch unter der Hand eine Vermehrung der Truppen stattfindet, wird sich augenblicklich schwer kontroliren lassen.

Italien. Die Hoffnungen, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung des Königreichs Italien und dem Papste zu einem gedeihlichen Ende führen würden, scheinen sich als zu voreilig zu erweisen; es treten in Rom fortwährend neue Schwierigkeiten auf, die man nicht mehr erwartet hatte. Trotzdem kann es nicht ausbleiben, daß die päpstliche Regierung über kurz oder lang nachgeben muß.

Der Zweikampf.

Vor mehren Jahren sagte einmal der damalige Abgeordnete, spätere Minister, von Patow in der Kammer: „ich erinnere mich noch aus meiner Jugendzeit, daß damals in Sachsen die Thorsperre bestand. Da hielten es die Vornehmeren nicht für anständig, Accise zu bezahlen. Sie fuhren stolz an dem Thorschreiber vorüber, und schmuggelten ein, was sie an steuerbaren Waaren im Wagen hatten, weil der Schreiber sie nicht anzuhalten wagte, während der Bürger, Bauer und Gewerbtreibende unweigerlich sich jeder Untersuchung unterwerfen und die hohe Accise bezahlen mußte.“

Wenn nun jetzt auch das Schmuggeln nicht mehr für anständig gilt, und die Vornehmen daher in dieser Beziehung Nichts mehr voraus haben wollen, so suchen sie doch noch immer sich durch irgend etwas von der bürgerlichen Gesellschaft auszuzeichnen. So wird in der sogenannten guten Gesellschaft niemand deshalb scheel angesehen, weil er einen persönlichen Gegner, der seiner sogenannten Ehre zu nahe trat, im Zweikampf zum Krüppel geschossen oder getödtet hat, und Herr von Rochow, welcher Herrn von Hinkeldey erschoß, ist heute noch ein beliebtes Mitglied des Herrenhauses. Unserer bescheidenen Auffassung nach sollten die Mitglieder der Stände, welche sich selbst gern die „höheren“ nennen, ihren Mitbürgern voranleuchten in feiner Sitte und strenger Beobachtung der Gesetze. Ist beides ihnen doch schon durch ihre äußere Lebensstellung so viel leichter gemacht, als dem in schwerer Arbeit für den Lebensunterhalt kämpfenden Volke, welchem oft bei dieser Beschäftigung kaum die nothwendige Zeit bleibt, sich mit dem bekannt zu machen, was das Gesetz bestimmt.

Dieser unserer Anschauung steht freilich diejenige schroff gegenüber, welche in der Nr. 24 der Provinzial-Korrespondenz entwickelt wird. Jenes Blatt theilt seinen Lesern mit, der Ministerpräsident von Bismarck habe den Abgeordneten Professor Virchow aufgefordert, eine von letzterem im Abgeordnetenhause gemachte Aeußerung zurückzunehmen, oder sich mit ihm zu schießen. Ferner steht dort ausdrücklich zu lesen: „Herr Virchow verweigerte die von dem Ministerpräsidenten verlangte Ehrenerklärung und **ebenso jede andere Genugthuung, wie die Sitte unter Männern von Ehre und Mannesmuth sie erfordert.**“

Was den ersten Theil des angeführten Satzes angeht, so hat Professor Virchow bereits in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses nachgewiesen, daß er einfach eine Unrichtigeit enthält. Er ist sofort bereit gewesen, die Erklärung abzugeben, daß es nicht in seiner Absicht gelegen hätte, Herrn von Bismarck zu beleidigen, verlangte aber von Herrn von Bismarck, daß er dieselbe Erklärung rücksichtlich einer Aeußerung abgebe, durch welche sich Virchow verletzt fühlte. Betreffs des zweiten Theils müssen wir hervorheben, daß nach unserer Auffassung es eine sehr schlechte Sitte ist, sich im Zweikampf um das Leben zu bringen und die Ehre eines Mannes kann niemals durch eine Versündigung wider das Strafgesetz wiederhergestellt werden. Das preußische Strafgesetzbuch vom 30. April 1851 belegt schon in seinem § 164 die bloße Herausforderung zum Zweikampf, sowie die Annahme derselben mit einer Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten. Wer seinen Gegner im Zweikampfe tödtet, soll, nach § 169, mit Einschließung von drei bis zu zwanzig Jahren bestraft werden.

Es ist eine traurige Art von Muth, welche uns befähigt, unseren Mitmenschen auf wenige Schritt Entfernung das Lebenslicht mit der Pistole auszublasen. Mit der wahren Mannesehre scheint uns eine solche That aber noch weniger zu thun zu haben.

Setzen wir den Fall, wir besäßen eine solche fischblütige, kühle Natur, daß wir jedermann, der sich mit uns in einen Streit einließe, auf das Aeußerste zu reizen und innerlich zu beleidigen verständen, ohne jedoch ein beschimpfendes Wort zu gebrauchen. Unser Gegner geriethe in Zorn und überschritte bei seiner Erwiderung die Grenzen des gesellschaftlichen Tones, spräche z. B. einen Zweifel an unserer Wahrhaftigkeit aus. Was hätten wir dann nach den Lehren der „Provinzial-Korrespondenz“ zu thun, besonders, wenn wir in Folge unserer kalten, theilnahmlosen Natur selbst im Zweikampf ein guter Pistolenschütze wären? Wir hätten einfach von ihm eine demüthige Abbitte zu verlangen und im Fall der Weigerung ihn vor unseren nie fehlenden Pistolenlauf zu fordern. Handelten wir so, dann wären wir der Mann von Ehre und Mannesmuth, an dem die „Provinzial-Korrespondenz“ Wohlgefallen haben würde.

Wir denken aber anders, wir sagen: Die Gesetze sind nicht da, um verspottet zu werden. Am wenigsten aber dürfen die ersten Beamten sich über ihre Beobachtung hinwegsetzen. Wenn sie nicht mit gutem Beispiele vorangehen, woher sollen sie das Recht hernehmen, die weniger hochgestellten Gesetzesübertreter zur Strafe ziehen zu lassen?

Druck und Verlag von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Dr. G. Lewinstein in Berlin.

Einladung zur Erneuerung des

Abonnements

auf die

Volks-Zeitung.

Preis vierteljährlich bei allen k. preuß. Postanstalten 25 Sgr., bei allen Postanstalten des deutsch-österr. Postvereins 29 Sgr., Insertions-Gebühr die Petitzeile 3 Sgr.

Die Volks-Zeitung erscheint täglich in 1½ bis 2 Bogen, wird nach auswärts mit den Abendzügen versandt und trägt daher die neuesten Nachrichten rasch in alle Gegenden des Vaterlandes. Ihr billiger Preis, die kurze, aber vollständige und übersichtliche Mittheilung aller politischen Neuigkeiten haben ihr nicht nur in Berlin, sondern durch ganz Deutschland und in allen Schichten der Bevölkerung einen so großen Leserkreis verschafft und erhalten, daß ihre Auflage die größte aller politischen Zeitungen in Deutschland und die Zahl ihrer Leser nach Hunderttausenden zu zählen ist.

Ihr politischer Standpunkt ist bekannt. Bei der auch unter den schwierigsten Verhältnissen fortgeführten treffenden Beleuchtung der Tagesfragen in den Leitartikeln darf sie auch wohl ferner auf die Treue und Unterstützung ihrer Leser, sowie aller Freunde des Rechts und der Wahrheit zählen.

Da die Postanstalten nur in dem Falle für die pünktliche Lieferung unseres Blattes stehen können, wenn das Abonnement rechtzeitig erfolgt ist, so ersuchen wir, die Bestellungen recht bald bewirken zu wollen, indem wir nach den bisherigen Erfahrungen nur in seltenen Fällen in der Lage sind, bei verspätetem Abonnement die früher erschienenen Nummern vollständig nachzuliefern.

Als Ergänzung zur Volks-Zeitung wie zu allen übrigen politischen Zeitungen empfiehlt sich und wird ebenfalls um recht baldige Erneuerung des Abonnements ersucht, das

Sonntags-Blatt

für Jedermann aus dem Volke.

Begründet von **Otto Ruppius.**

Preis bei allen Postanstalten des deutsch-östreichischen Postvereins, sowie bei allen Buchhandlungen vierteljährlich 9 Sgr.

Dieses der Unterhaltung und Belehrung gewidmete Blatt wird im dritten Quartale u. A. bringen:

an **Erzählungen: Die Liebesjagd** von Adolph von Treskow, nach einer wahren Begebenheit, **Agdolo**, historische Erzählung von Georg Hiltl, welche eine der interessantesten Episoden aus der Geschichte des sächsischen Hofes in der zweiten Hälfte des sechszehnten Jahrhunderts enthüllt.

An Beiträgen **„Aus der Zeit": Ein Dichter des Volks, Die moderne Arbeit, Lebensbild Gneisenau's, Das Land der Litthauer, Der Ausbruch des Aetna, Lebensbild Schinkel's** und andere anziehende Schilderungen mannigfaltigster Art.

Die **Wissenschaft für's Leben** wird vertreten sein durch: **Die Sinnesorgane in Beziehung zu den Künsten, Der Geist im Menschen, Scutari und die heulenden Derwische,** und durch historische Aufsätze über die **Cäsaren Roms,** welche die vielseitigsten Vergleiche mit dem Cäsarenthum der Gegenwart in Frankreich bieten.

Außerdem bringt jede Nummer im **Album** ein Originalgedicht und in den **Losen Blättern** eine Fülle kleiner pikanter Notizen.

Der reiche Inhalt und der billige Preis von **vierteljährlich** 9 Sgr. für 13 Nummern von je einem Bogen groß Quart in elegantester Ausstattung, der selbst dem Unbemitteltsten die Anschaffung dieses gediegenen Blattes ermöglicht, hat ihm in der kurzen Zeit seines Bestehens schon einen ganz bedeutenden Leserkreis verschafft und richten wir an alle Freunde des Sonntags-Blattes die Bitte, für die immer weitere Verbreitung desselben nach Kräften zu wirken.

Die früheren Quartale des Sonntags-Blattes sind brochirt und ebenfalls zum Preise von 9 Sgr. durch die Post oder jede Buchhandlung zu beziehen.

Die Verlagshandlung von **Franz Duncker** in Berlin.

Täglich zweimal. — Vierteljährlich 1 Thlr.

Zum Abonnement auf die **täglich zweimal** erscheinende

„Oder-Zeitung",

Organ der Fortschrittspartei,

(begründet von **Wilhelm Dunker**)

ladet die Expedition ergebenst ein. Die Zeitung hat sich durch ihre beispiellose Billigkeit bei großer Gediegenheit einen bedeutenden Leserkreis erworben; sie ist über ganz Pommern, die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen verbreitet. Sie bringt **täglich einen Leitartikel;** das politische Material wird sorgfältig gesichtet und alles Wichtige durch **telegraphische Depeschen** zur Kenntniß der Leser gebracht. Ueber die politischen Vorgänge in **Berlin** bringt das Blatt **Berichte eigener Korrespondenten.** Den Nachrichten aus Stadt und Provinz wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Ein beliebter Feuilletonist schildert in **wöchentlichen Briefen** das **Berliner Leben;** außerdem **Novellen, Erzählungen** u. s. w. An **Koursen, Marktberichten** u. s. w. liefert die Zeitung alles, was für ein größeres Publikum von Interesse ist. **Inserate** werden die dreispaltige Petitzeile zu 1 Sgr. berechnet und finden die größte Verbreitung.

Stettin, im Juni 1865.

Die Expedition der Oder-Zeitung.

Im Verlage von Alexander Jonas in Berlin ist erschienen:

Die preußische Militärfrage

und

das Gesetz vom 3. September 1814.

Zum allgemeinen Verständniß für das Volk kurz dargestellt von

Dr. **Gustav Lewinstein.**

2 Bog. 8. Preis 2½ Sgr.

Diese Schrift, welche in einfacher und klarer Weise die bei der Militärfrage in Betracht kommenden Fragen entwickelt, wird Manchem willkommen sein, und ermöglicht der billige Preis Jedem die Anschaffung.

Der Eigenthümer eines in Berlin in der Friedrichsstadt gelegenen Hauses, welches einen Miethsertrag von ca. 5000 Thlrn. giebt, wünscht dasselbe zu verkaufen oder am liebsten bei einem Gutsverkauf in Zahlung zu geben. Adressen werden in der Redaktion dieses Blattes unter der Chiffer K. v. L. Nr. 47 franco erbeten.

dieses Jahres und ist als besondere Brochure bei S. Herrmann in Berlin erschienen. Wollen Sie Ihren Lesern nicht dieses Büchlein empfehlen? K.....r.

Pr. i. d. Altmark.

Wir glauben dem Wunsche unseres geehrten Korrespondenten am besten durch Abdruck seines Schreibens zu entsprechen, und fügen nur noch hinzu, daß der Bericht die so viel besprochene und mit so großem Beifall aufgenommene Rede des Abgeordneten Twesten enthält. Er ist für 4 Sgr. in allen Buchhandlungen zu haben. Wer 25 Exemplare kauft, dem kostet das Stück nur 3 Sgr.

Einladung zur Erneuerung des

Abonnements

auf die

Volks-Zeitung.

Preis vierteljährlich bei allen k. preuß. Postanstalten 25 Sgr., bei allen Postanstalten des deutsch-österr. Postvereins 29 Sgr., Insertions-Gebühr die Petitzeile 3 Sgr.

Die Volks-Zeitung erscheint täglich in 1½ bis 2 Bogen, wird nach auswärts mit den Abendzügen versandt und trägt daher die neuesten Nachrichten rasch in alle Gegenden des Vaterlandes. Ihr billiger Preis, die kurze, aber vollständige und übersichtliche Mittheilung aller politischen Neuigkeiten haben ihr nicht nnr in Berlin, sondern durch ganz Deutschland und in allen Schichten der Bevölkerung einen so großen Leserkreis verschafft und erhalten, daß ihre Auflage die größte aller politischen Zeitungen in Deutschland und die Zahl ihrer Leser nach Hunderttausenden zu zählen ist.

Ihr politischer Standpunkt ist bekannt. Bei der auch unter den schwierigsten Verhältnissen fortgeführten treffenden Beleuchtung der Tagesfragen in den Leitartikeln darf sie auch wohl ferner auf die Treue und Unterstützung ihrer Leser, sowie aller Freunde des Rechts und der Wahrheit zählen.

Da die Postanstalten nur in dem Falle für die pünktliche Lieferung unseres Blattes stehen können, wenn das Abonnement rechtzeitig erfolgt ist, so ersuchen wir, die Bestellungen recht bald bewirken zu wollen, indem wir nach den bisherigen Erfahrungen nur in seltenen Fällen in der Lage sind, bei verspätetem Abonnement die früher erschienenen Nummern vollständig nachzuliefern.

Die Verlagshandlung von Franz Duncker in Berlin.

Erneuerungen der Abonnements, resp. neue Bestellungen auf die III. Quartal 1865.

Verlag von **W. Kaulen und Co.,** **Düsseldorf,** Breitestraße 15; **Köln,** Wolfsstraße 4, nahe der Richmondstraße.

täglich zweimal erscheinende

Rheinische Zeitung

Abonnementspreis: bei allen Post-Anstalten des Deutsch-Oesterreichischen Post-Vereins Thlr. 1. 22. 6. oder Fl. 3. 3 Kr. Anzeigen: 1½ Sgr. die Petitzeile.

wolle man **möglichst frühzeitig vor Ende des Monats bei der nächsten Post-Anstalt** machen, damit in dem regelmäßigen Empfange der Zeitung keine Unterbrechung eintrete.

„Magdeburger Presse."

Herausgegeben und redigirt von **J. Hoppe.**

Zentral-Organ der Fortschrittspartei für Magdeburg, die Provinz Sachsen und Anhalt.

Die **„Magdeburger Presse"** erscheint wöchentlich 13 Mal in gr. Folioformat und wird täglich in der Stärke von wenigstens 2 Bogen mit den ersten Nachmittags- und Morgenposten versandt, wodurch sie in den Stand gesetzt ist, auf dem schnellsten Wege in der Politik wie im Handel die **neuesten Nachrichten** zu verbreiten, welche sie durch Telegramme und Originalberichte bezieht. Die **„Magdeburger Presse"** hat das Glück gehabt, gleich bei ihrem Erscheinen die Aufmerksamkeit des Publikums und der Tagespresse auf sich zu ziehen und es wird nichts unterlassen werden, die ihr zu Theil gewordene Anerkennung in immer höherem Grade zu rechtfertigen. Für alle Fächer, wie besonders auch für das **Feuilleton,** sind mannigfache und tüchtige Mitarbeiter thätig. Die Montagsnummer ist allwöchentlich längeren Aufsätzen über **Handel, Industrie und Landwirthschaft** gewidmet.

Abonnements nehmen sämmtliche Postämter an. **Vierteljährlicher Abonnementspreis** bei den Preuß. Postämtern 1 Thlr. 26 Sgr. 3 Pf., im Herzogthum Anhalt 1 Thlr. 15 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. 24 Sgr. **Inserate** werden mit 1 Sgr. 6 Pf. für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet, und für größere oder wiederholte Annoncen die coulantesten Bedingungen gewährt.

Magdeburg, im Juni 1865.

Die Expedition der „Magdeburger Presse."

Druck und Verlag von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber: Dr. G. Lewinstein in Berlin.

Berliner Reform.

Diese täglich in der Stärke von 1½ bis 2 Bogen erscheinende Zeitung, **redigirt von Dr. Guido Weiß,** vertritt auf politischem Gebiete die Grundsätze und Ansprüche **der Linken der Fortschrittspartei,** mit deren hervorragendsten Persönlichkeiten sie in Beziehung steht. Auf sozialem Felde widmet sie den Erscheinungen zumal der **Arbeiterwelt** eine ernste Aufmerksamkeit und prüft sie am demokratischen Prinzipe, nicht voreingenommen für oder wider irgend Einen der Stimmführer des Tages in diesen Fragen. Sie bringt **die Neuigkeiten des In- und Auslandes** in der Schnelle und Vollständigkeit, wie es den günstigen lokalen Bedingungen eines Berliner Blattes entspricht. Gleichzeitig strebt sie aber auch die möglichste Reichhaltigkeit **der Berliner Stadtnachrichten** selber an und steht in dieser Beziehung unter den politischen Blättern der Hauptstadt mit in erster Reihe. Die Entwickelung **des wissenschaftlichen Lebens** und **des gewerblichen Fortschritts** verfolgt sie gewissenhaft und wird vom nächsten Quartale an dieselben zeitweise auch in größeren Bildern zusammenfassen. Für die Unterhaltung sorgt, in der Regel täglich, **ein Feuilleton,** das mit Sorgfalt ausgewählt ist und auch auf die Leserinnen die gebührende Rücksicht nimmt. **Das Theater** ist stehende Rubrik für Nachrichten und kritische Berichte, **die Künste** und **der Handel** finden ihre wichtigeren Ereignisse registrirt, **die Berliner Börsennachrichten** und **die Kursdepeschen** sind täglich vollständig mitgetheilt. Der Gang kriegerischer Ereignisse wird, wie dies schon bisher wiederholt geschehen, auch fernerhin durch **Karten** und **Pläne,** die dem Blatte unentgeltlich beigefügt werden, illustrirt. Der Preis des Blattes entspricht den Verbreitungskreisen, die es ins Auge gefaßt hat, er beträgt bei allen Postanstalten innerhalb des Preuß. Staates vierteljährlich 1 Thlr. 10 Sgr., innerhalb des Oesterr.-Deutschen Postverbandes 1 Thlr. 18 Sgr. In Berlin vierteljährlich 1 Thlr. 9 Sgr., monatlich 13 Sgr., wöchentlich 3 Sgr. incl. Bringerlohn.

Empfohlen zu gef. Abonnements auf das am 1. Juli 1865 beginnende neue Quartal.

Die

Mitteldeutsche Volkszeitung,

(Organ der Fortschrittspartei)

erscheint wöchentlich sechs Mal und bietet entschieden freisinnige Leitartikel, eine übersichtliche Mittheilung aller interessanten Tagesneuigkeiten, Besprechungen gemeinnütziger und nationaler Bestrebungen, der Arbeiterangelegenheiten ꝛc. und für die Unterhaltung ihrer Leser und Leserinnen längere Erzählungen und ein reichhaltiges Feuilleton.

Die Mitteldeutsche Volkszeitung ist für den geringen Preis von 24 Sgr. pro Vierteljahr durch alle Postämter Sachsens, Altenburgs ꝛc. zu beziehen. An Orten, welche durch die Eisenbahn mit Leipzig verbunden sind, trifft die Zeitung regelmäßig am Morgen des Erscheinens ein.

Probenummern sind auf Verlangen bei jeder Postanstalt zu erhalten. Bestellungen auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal bitten wir baldigst zu machen und zur Vermeidung der Verwechselung mit andern Zeitungen den Titel

„Mitteldeutsche Volkszeitung in Leipzig"

genau zu bezeichnen.

Inserate sind bei der großen Verbreitung unserer Zeitung sehr wirksam und werden die Spaltzeile mit nur 8 Pf. (4/5 Ngr.) berechnet.

Leipzig, im Juni 1865.

Expedition der Mitteldeutschen Volks-Zeitung.
Robert Friese.

Der

„Bürger- und Bauernfreund"

beginnt mit dem 1. Juli ein neues Vierteljahr. Er wird in der alten Form fortgesetzt werden, gedruckt bei **Fr. Krauseneck u. Sohn** in Gumbinnen, redigirt von **John Reitenbach-Plicken,** wird auch in jeder Nummer ein Bild bringen. Seine Aufgabe wird es nach wie vor sein, die **freisinnigsten politischen Ansichten** in volksthümlicher Sprache zur Geltung zu bringen, als Pionier größeren freisinnigen Blättern den Boden im Volke zu bereiten.

Da wir regelmäßig die Artikel der Provinzial-Korrespondenz und der Amtsbl. eingehend besprechen, wenn's nöthig widerlegen werden, ersuchen wir Freunde der Volks**freiheit** für weiteste Verbreitung unseres Blattes thätig sein zu wollen.

Um zeitige Bestellung bei den nächsten Postämtern mit Einsendung von 4 Sgr. 6 Pf. für das Vierteljahr bei eigener Abholung von der Post — von 7 Sgr. mit Bestellgeld auf dem Lande frei in's Haus durch den Postboten — wird dringend gebeten, da bei verspäteten Bestellungen oft die ersten Nummern nicht nachgeliefert werden können.

Inserate finden die weiteste Verbreitung durch ganz Deutschland und wird die gespaltene Zeile mit 3 Silbergroschen berechnet.

Die Herausgeber:
Büttler-Marienhöhe. **Th. Käswurm**-Puspern.

„Die Halberstädtische Zeitung",

herausgegeben und redigirt von **Dr. Zapp.**

Organ der liberalen Partei in dem Wahlkreise „Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode" und in dem Fürstenthum Blankenburg.

Die **„Halberstädtische Zeitung"**, welche wöchentlich drei Mal erscheint, bringt eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten politischen, kommunalen und sozialen Nachrichten, bespricht in allgemein verständlichen Leit- und Korrespondenzartikeln die Tagesfragen und sorgt durch ein ansprechendes Feuilleton auch für die Unterhaltung ihrer Leser.

Indem wir bei dem Quartalwechsel zum Abonnement ergebenst einladen, bemerken wir zugleich, daß **Inserate** durch die Halberst. Zeitung bei dem ausgebreiteten Lesekreise derselben eine weite Verbreitung finden.

Abonnements zu dem **Vierteljahrspreise** von 15 Sgr. nehmen sämmtliche Postämter an.

Inserate werden mit 1 Sgr. für die zweigespaltene Corpuszeile oder deren Raum berechnet und für größere oder öfter wiederkehrende Annoncen ein bedeutender Rabatt gewährt.

Halberstadt. **Die Redaktion und Expedition** der Halberstädtischen Zeitung.

Die Danziger Zeitung

erscheint täglich zweimal und wird mit den hier Morgens früh und Nachmittags 6½ Uhr abgehenden Zügen und Posten versandt. Der Abonnementspreis ist wie bisher für Hiesige 1 Thlr. 15 Sgr., für Auswärtige (incl. Steuer und Postprovision) 1 Thlr. 20 Sgr.

Politische und volkswirthschaftliche Leitartikel, Original-Korrespondenzen, Provinzial- und Local-Nachrichten, tägliche Depeschen von der Berliner Börse und über alle wichtigen politischen Ereignisse; Feuilleton von den beliebten Schriftstellern Max Ring, Solitaire ꝛc.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an und bitten wir um rechtzeitige Aufgabe derselben, damit in der regelmäßigen Zusendung keine Unterbrechung geschieht.

Inserate finden durch die Danziger Zeitung die zweckmäßigste und weiteste Verbreitung in Ost- und Westpreußen und den angrenzenden Provinzen.

Danzig, im Juni 1865.

Die Verlagshandlung.
A. W. Kafemann.